



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

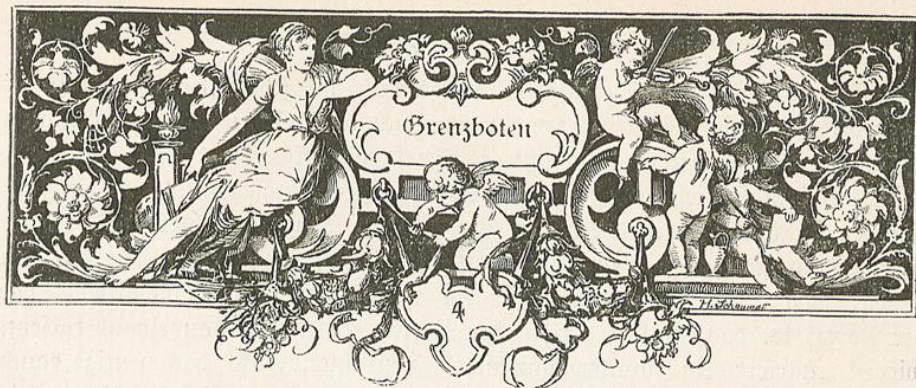
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Sozialdemokratie und die Militärvorlage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Sozialdemokratie und die Militärvorlage



n der Reichstagsſitzung vom 14. Dezember v. J. meinte der Zentrumsabgeordnete Dr. Lieber, daß die beſte Begründung für die Militärvorlage eigentlich von Herrn Bebel, der am Tage vorher ſeine „glänzende“ Rede gehalten hatte, gegeben worden ſei. Bebel, der beſte Redner für die Vorlage! Die Parlamentsberichte der Zeitungen verzeichnen hinter dieſem Ausſpruch die bekannte harmloſe parlamentariſche „Heiterkeit.“ Man wußte ja auf allen Seiten, daß es keinen ſchärfern Gegner der Militärvorlage und vielleicht jeder Militärvorlage geben kann, als die dem Militarismus ſo abholde Sozialdemokratie, die in militäriſchen Dingen jedes Verhandeln und jeden Vergleich mit der Regierung in unzweifelhafter Aufrichtigkeit zurückweiſt. Und doch liegt etwas Wahres in dem, was Herr Dr. Lieber ſagte. Er ſtützte ſich darauf, daß ſich die Wünſche Bebel's bis zu einem Volksheer und ſogar bis zu einer militäriſchen Jugend-erziehung, vielleicht bis in die Säuglingszimmer hinein verſtiegen, und dann wäre ja die Vorlage nicht zu viel, ſondern zu wenig.

Der erſte Abſchnitt der Windthorſtiſchen Reſolutionen, bei denen, wie Herr Dr. Lieber beteuerte, das Zentrum beharren will, ſpricht die Erwartung aus, daß „die verbündeten Regierungen Abſtand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch die die Heranziehung aller wehrpflichtigen Mannſchaften zum aktiven Dienſt durchgeführt werden ſoll, indem dadurch dem deutſchen Reiche geradezu unerſchwingliche Koſten erwachſen müßten.“ Nun iſt es aber gerade ein Verlangen der Sozialdemokratie, daß alle wehrpflichtigen Mannſchaften zum aktiven Dienſt herangezogen werden; die Sozialdemokratie ſähe am liebſten, daß jedermann ſeine Waffe immer im Hauſe hätte. Wenn es nach Bebel ginge, ſo würde jeder, der die phyſiſchen Kräfte dazu hat, Soldat.

Die Sozialdemokratie müßte also eigentlich mit jeder Verstärkung unsrer Wehrkraft einverstanden sein, denn wenn auch vorläufig noch nicht alle ausnahmslos Soldat werden, so müßte es ihr doch, sollte man denken, recht sein, daß es möglichst viele werden. Den Vorwurf der „Zahlenwut,“ den ein freisinniger Reichstagsabgeordneter an eine gewisse Stelle gerichtet hat, könnte man ebenso gut an die sozialdemokratische Partei richten. Zu wiederholten malen, denn „die Wiederholung ist ein notwendiges Agitationsmittel,“ hat der Vorwärts, das amtliche Organ der Partei, zahlenmäßig auseinandergesetzt, wieviel „stärker“ ein sozialdemokratisches Deutschland, als das heutige, auch militärisch werden würde. Nach dem System des Herrn Bebel bekämen wir die doppelte Anzahl von Soldaten, acht Millionen und darüber, bereit, sich auf einen das Vaterland angreifenden Feind zu stürzen. Die Sozialdemokratie und das Zentrum, das für die Windthorst'schen Resolutionen eintritt, sind demnach über die Zahl derer, die dienstpflichtig sein sollen, sehr verschiedener Meinung.

Die jetzige Vorlage geht nun freilich nicht im entferntesten so weit, wie es die Sozialdemokratie in ihrer Verehrung riesiger Zahlen möchte. Sie will (nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung) „die aus der unvermeidlichen Ungleichheit und Ungerechtigkeit des jetzigen Verfahrens hervorgehenden Mißstände“ beseitigen und sich wieder mehr „dem Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht“ nähern. Sie will nur die Friedenspräsenzstärke mit der fortgeschrittenen Bevölkerungszahl mehr als bisher in Einklang bringen. Sie begnügt sich mit vier bis fünf Millionen Soldaten und verwirklicht nur zur Hälfte „den Scharnhorst'schen Gedanken“ — § 1 des Scharnhorst'schen Entwurfes für die Bildung einer Reservearmee: „Alle Bewohner des Staats sind geborne Verteidiger desselben.“

Allerdings wäre das um soviel größere Heer des sozialdemokratischen Staats kein „stehendes“ Heer, wie wir es gegenwärtig haben, sondern eine sogenannte Miliz. „Miliz“ ist ein brauchbares Schlagwort, unter dem man verschiedenes verstehen kann. Die Sozialdemokratie macht wunderbar positive Vorschläge, wenn sie immer wieder die guten Eigenschaften des Milizsystems preist. Hätten wir die Miliz, so hätten wir eine unglaublich kurze Dienstzeit (allerdings mit einer langen „militärischen Jugenderziehung“), unglaublich viele Soldaten, unglaublich geringe Kosten. An der schweizerischen Miliz hat freilich selbst Herr Bebel einiges auszusagen; der schweizerische Kavallerist ist der schwerfälligste Soldat, den er sich denken kann. Die Schweiz kann sich die Miliz erlauben, sie ist sozusagen neutral, und wenn sie auch mißtrauisch sein mag, ob bei einem ausbrechenden großen Kriege ihre „ewige“ Neutralität unter allen Umständen geachtet werden wird, so hat sie doch ganz gewiß nicht nötig, auf eine schleunige Mobilmachung, die nach Stunden zählt, und auf eine allzeit bereite Schlagfertigkeit Wert zu legen, mit andern Worten, sie bedarf keines „stehenden“ Heeres.

Gesetzt, daß sich nun die deutsche Regierung, die sich trotz der glorreichen Vorbilder eines Gambetta und anderer, die man ihr vor Augen hält, hartnäckig gegen die Einführung des sozialdemokratischen Ideals ablehnend verhält, den Sozialdemokraten mit einemmale gefällig erwiese und die Miliz organisierte, wie würde denn diese deutsche „Miliz“ aussehen? So lange nicht die lieben Nachbarstaaten den deutschen Sozialdemokraten ebenfalls den Gefallen thäten, müßten wir soviele Soldaten wie heute auf den Beinen haben, und wenn sie auch „Miliz“ hießen. Diese Miliz wäre dasselbe wie das stehende Heer, und nur die Kürze der Dienstzeit, wenn man sie auf Wochen oder Monate beschränkte, würde einen Unterschied machen. Aber was für einen! Um die Reihen immer vollzählig zu haben, würde ein beständiger Wechsel, ein ewiger Ab- und Zugang der Soldaten stattfinden, aus den Jahrgängen würden Wochen- und Monatsgänge werden, die sich entsprechend schneller ablösten, eine unaufhörliche Wanderbewegung von Zivil zu Militär und umgekehrt würde die Folge sein. Eine sehr ärgerliche Folge; die einzelnen werden durch öftere Einziehung mehr geschädigt, als durch eine längere Dienstzeit.

Etwas anderes ist es, wenn ein Volk, wie zu Scharnhorsts Zeiten, einen Verzweiflungskampf gegen einen fremden Unterdrücker führen muß. Da ist jeder willkommen, der eine Muskete tragen und den Säbel schwingen kann, ohne daß er den Nachweis einer mehr oder weniger langen Vorbereitungszeit zu liefern hat.

Die Frage der Abschaffung des stehenden Heeres ist bis auf weiteres eine rein theoretische, da ein einzelner Großstaat, der die Abschaffung unternähme, damit den Willen zur Selbstvernichtung bekunden würde, er würde seinen Nachbarn verraten, daß er vor Erschöpfung seine Rüstung nicht länger tragen könnte, und sie einladen, über ihn herzufallen. Wenn die Sozialdemokratie demnach die „Miliz“ empfiehlt, so hat das nur den Erfolg, das Urteil zu verwirren. Nicht einmal die Kostenersparnis, die der Vorwärts für die Miliz, für eine Achtmillionenmiliz herausrechnet, ist von Bedeutung, sie beträgt nach ihm jährlich 160 Millionen Mark, aber vorausgesetzt, daß der „Caprivische Plan“ schon verwirklicht ist, sonst nur 87 Millionen Mark, und dabei multipliziert der Vorwärts einfach die Zahl, um die die Bevölkerung des deutschen Reichs größer ist als die der Schweiz, mit der Summe, die der Schweiz ihr Milizsystem kostet; Deutschland ist siebenzehnmal so groß als die Schweiz, also, rechnet der Vorwärts, kostet die deutsche Miliz auch siebenzehnmal soviele als die Schweizer. Noch nichtiger als diese Berechnung ist der Schluß, den der Vorwärts zieht, daß die Verwirklichung des „Caprivischen Plans,“ das heißt eine von einer Bevölkerung von 50 Millionen aufzubringende Summe von 60 Millionen Mark der „reine Selbstmord“ wäre. So weit sind wir denn doch noch nicht.

Der Hauptfehler des stehenden Heeres mit seiner längern Dienstzeit ist

in den Augen der Sozialdemokratie, daß der „militärische Geist“ im Volke erhalten bleibt. Die Gewöhnung an eine straffe Zucht und Ordnung, an den unbedingten Gehorsam, den „Kadavergehorfam,“ um in ihrer Sprache zu reden, kurz aller „Drill“ ist ihr zuwider, sowohl an sich, als auch besonders, weil er den Soldaten dem Volke „entfremdet.“ Durch die längere Dienstzeit, durch das lange Tragen der Uniform lernt sich der Soldat als solcher fühlen. Wenn die herrschenden Klassen unsre militärische Erziehung ausgezeichnet finden, so ist es deshalb, weil sie ihren Interessen zu gute kommt, weil sie ihnen ihren Besitz, ihr Privateigentum sichert. Die Vorgesetzten mögen auf das Kunststück stolz sein, das sie jedes Jahr fertig bringen, eine Truppe, unter der es einen mehr oder minder großen Bruchteil unbehilflicher, schwerfälliger und widerwilliger Leute giebt, zu einer hurtigen, eifrigen und folg-samen Gesamtheit zu machen. Die übrigen Völker mögen auf unsre Einrichtungen, die sie nicht ohne große Mühe nachahmen können, mit Neid blicken. Die Sozialdemokratie ist von solcher Bewunderung weit entfernt, und ihre Presse lauert jahraus jahrein auf Mängel, Versehen, „Fälle,“ um sie vor der Öffentlichkeit mit Lärm aufzudecken. Nach einem Aufsatz „Unsre militärische Erziehung“ in der „wissenschaftlichen Revue“ der sozialdemokratischen Partei, der Neuen Zeit, wird bei uns viel zu viel auf die sogenannte körperliche Ausbildung gesehen, die den Militärdienst geistlos und geisttötend macht; es wird zwar nicht geradezu verlangt, daß den Soldaten das „Kapital“ von Marx in die Hände gegeben werde (das sie übrigens wie die meisten „Genossen“ weder lesen noch verstehen würden), aber sie müßten mehr Gelegenheit und Zeit bekommen, sich zu „bilden.“ Hieran wie an andern Klagen dieser Art ist nur soviel wahr, daß die einzelnen von ungeschickten Erziehern, die man vielleicht nicht scharf genug beaufsichtigt, zuweilen zu unterschiedslos und deshalb zu rücksichtslos behandelt werden, und daß das oft selbst bei einfachen Arbeitern sehr empfindliche Ehrgefühl nicht immer genügend geschont wird; aber verkehrt ist es, das „System“, wie es alle Sozialdemokraten thun, statt der Einzelnen verantwortlich zu machen. Die Sozialdemokraten bilden sich ein, den Beweis unwiderleglich geführt zu haben, daß das System des Militarismus die Schuld trage, sie werden sich ihrer Einseitigkeit nicht bewußt, wenn sie die sozialdemokratischen Lehren auf die gegenwärtigen Verhältnisse anwenden, sondern halten die, die aus ihren „Fällen“ nicht denselben Schluß wie sie auf die Untauglichkeit des bestehenden Systems ziehen, für nicht urteilsfähig genug, sich zu der freien Höhe des sozialdemokratischen Standpunktes aufzuschwingen.

Die Sozialdemokratie hat gar keine Ursache, dem „bösen Militarismus“ zu grollen; wenn er nicht wäre, so stünde ihr keine disziplinierte Arbeiterschaft zur Verfügung. Bebelkehrte in seiner Antwort auf die Rede des Reichskanzlers das wahre Verhältnis um, als er die Sozialdemokratie ge-

wissermaßen als eine Vorschule für den Militarismus hinstellte. Nach Bebel wäre die Bereitwilligkeit, mit der sich gerade seine Parteigenossen, wie der Reichskanzler erwähnt hatte, der vorschriftsmäßigen Disziplin gefügt hätten, ein Ausfluß der Disziplin, die ihnen das Leben beibrächte. Nun unterhält allerdings die Sozialdemokratie für die großstädtischen jugendlichen Arbeiter in der Zeit, wo sie die Schule verlassen haben, bis zu ihrem Eintritt in das Militär eine Art „Vorschule,“ indem sie sie in ihrem Denken und Verhalten diszipliniert; warum nimmt sich auch der Staat der Jugend in ihrer Übergangszeit von der toga civilis bis zum Soldatenkleid nicht besser an, warum sorgt er nicht besser für die Organisation der zukünftigen Vaterlandsverteidiger? Wenn diese Arbeiter dann dienstpflchtig geworden sind und in das Heer aufgenommen werden, sieht die Sozialdemokratie zu ihrem Ärger ihre Zöglinge ihr entschlüpfen und den Einflüssen der soldatischen Erziehung unterliegen, die frühern Genossen zeigen, daß sie ganz gute Soldaten sein und des Kaisers Rock in Ehren tragen können. Hernach sucht dann die Sozialdemokratie den Gehorsam, an den sich die Arbeiter während ihrer Dienstzeit gewöhnt haben, für die Zwecke ihrer Parteiorganisation zu benutzen, der Erfolg bleibt auch nicht aus, aber es ist doch an manchem Genossen etwas hängen geblieben, was ihn zu einem unsichern Parteipflichtigen macht, er bekommt leicht Rückfälle in die militärischen Gewohnheiten und fühlt zuweilen plötzlich nicht als Genosse, sondern wieder als Soldat.

Man muß staunen, wie vortrefflich unsere bisherige militärische Erziehung ihre Leute zu schulen verstanden hat. Nach Singer hat die wirtschaftlich bis zur Erschöpfung ausgenutzte Schicht der Gesellschaft, „das Proletariat,“ das Menschenmaterial für das Heer zu liefern, und ihm gehören etwa 90 Prozent des stehenden Heeres an. Und diese Masse läßt sich, im Sinne der Sozialdemokratie gesprochen, von den „Machthabern“ gegen das eigne „Volk“ gebrauchen, läßt sich gegen den „innern Feind“ kommandieren! Unsere traurigen innern Verhältnisse sind es, die allen Staaten gebieten, unbedingt ein starkes stehendes Heer zu unterhalten, da liegt der Hase im Pfeffer — meint die Redaktion der Neuen Zeit.

Die Annahme der Militärvorlage würde nur dann unsere innern Verhältnisse bedenklich verschlechtern, wenn sie die Heeresverstärkung und die Verkürzung der Dienstzeit nach den sozialdemokratischen Wünschen übertriebe, wenn sie den Sozialdemokraten soweit entgegenkäme, daß sie den Charakter des stehenden Heeres, das nach Paul de Lagarde das Gesündeste ist, was wir in Deutschland haben, gänzlich veränderte. Das ist aber, wie wir gesehen haben, nicht der Fall. Soweit die Vorlage durch die wirtschaftliche Mehrbelastung der Nation eine Verschlechterung herbeiführen sollte, könnte man diese durch eine verstärkte Sicherheit nach außen möglicherweise für aufgewogen ansehen. Man begnügt sich aber nicht damit, zu fragen, welches die nächsten

Folgen sein werden, sondern man fragt, wie das in Deutschland herkömmlicherweise geschieht, wohin das überhaupt, wohin das auf die Dauer führen soll. Es ist neben der Sozialdemokratie besonders das Zentrum, das seine Blicke über die nächstliegenden Dinge in die weitere Zukunft hinausweisen läßt. Wenn nun durch die Steigerung der Militärlasten die wirtschaftlichen Kräfte des Volkes völlig aufgebraucht werden, was dann? Und wenn die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen immer größer wird und wie eine ansteckende Krankheit um sich greift, was dann? Die Germania fragt: „Was kann es dem Lande und auch der Regierung nützen, wenn die militärischen Dinge selbst zur allerhöchsten Vollendung emporgeschraubt werden, dabei aber die Hälfte der Soldaten und noch mehr schon als Sozialdemokrat in die Armee eintritt? Und wie soll das Land regierungsfähig bleiben, wenn die Sozialdemokraten und die sonstigen Radikalen die Mehrheit der Wähler bilden und die Parlamente besetzen?“ Der Reichstagsabgeordnete Friegen von der Zentrumsparthei erkennt drei Auswege: die allgemeine Abrüstung und die Einsetzung europäischer Schiedsgerichte, wozu er aber noch nicht die Zeit für gekommen hält, oder den Krieg, oder die Herrschaft der Sozialdemokratie, die aber wahrscheinlich von dem Anarchismus abgelöst werden würde. Die allgemeine Abrüstung und die Einsetzung europäischer Schiedsgerichte sind vorläufig und vielleicht für immer fromme Wünsche. Wer soll der oberste Schiedsrichter sein? Vielleicht das Oberhaupt der katholischen Kirche? Kirche nebst Zentrum müßten dann zunächst aufhören, Partei zu sein. Der Ausgang eines Krieges, der alles auf den Kopf stellt, ist unberechenbar, man kann auch nicht wissen, ob der neue Krieg dem Verlaufe der Geschichte eine andre Wendung gäbe, ob er der sogenannte „letzte“ wäre. Die Herrschaft der Sozialdemokratie ist kein „Ausweg,“ sie ist keineswegs gleich dem Frieden unter den Nationen. Sedenfalls wünscht das Zentrum dringend, daß dieser Ausweg vermieden werde; man sollte also erwarten, daß es alles zu thun bereit wäre, uns davon zurückzuhalten. Ist es aber richtig von einer Partei, die der schärfste Gegner der Sozialdemokratie sein will, die die Angst vor der Sozialdemokratie so hervorkehrt, die betont, daß wir auf einer schiefen Ebene abwärtsgehen, so lebhaft für die Gewährung einer kurzen Dienstzeit einzutreten? Je mehr wir allmählich die Dienstzeit verkürzen, desto mehr nähern wir uns der immer allgemeineren, der allgemeinsten Wehrpflicht, desto eher gelangen wir zur „Miliz,“ gelangen wir dahin, wohin uns die sozialdemokratischen Volksfreunde haben möchten. Abnahme der Dienstzeit und Zunahme der Zahl der Soldaten sind durchaus von einander abhängig. Es wäre folgerichtig, einerseits für das wegfallende dritte Dienstjahr eine Verstärkung des stehenden Heeres gutzuheißen, andererseits für die Zukunft festzustellen, daß man weder für eine weitere Verkürzung der Dienstzeit, noch für eine weitere Verstärkung zu haben ist. Nun aber erwärmt man sich nur für die kürzere Dienstzeit, weil man zu wissen

glaubt, daß das eine sehr „populäre“ Forderung sei, geeignet, Tausende von Stimmen bei einer Wahl für die Partei zu erhalten und zu gewinnen. Die Partei strebt vor allem nach Selbsterhaltung und will sich von dem roten Mitbewerber um die Gunst des abstimmenden Volks, der den „Turm des Zentrums“ zu erschüttern droht, nicht den Rang ablaufen lassen, sie möchte gern bei einer Neuwahl ihre „Sitze“ zu behaupten imstande sein.

Wie denkt sich nun die Sozialdemokratie selbst die fernere Entwicklung! Gegen die Abrüstung, wenn sie nicht unmöglich wäre, hätte sie wahrscheinlich schon deshalb nichts einzuwenden, weil die massenhafte Entlassung von Soldaten die industrielle Reservearmee ganz außerordentlich vermehren und dadurch die inneren Schwierigkeiten der Staaten auf einen so hohen Grad steigern würde, daß sich die eignen Aussichten der Partei sehr verbessern würden. Daß sich ihr allerlei Aussichten für den Fall eines europäischen für Deutschland glücklichen oder unglücklichen Kriegs eröffnen würden, hat namentlich Herr Engels zu zeigen gesucht. Sonst aber würde, solange der bewaffnete Friede fort dauert, meint die Sozialdemokratie, alles seinen Gang so weitergehen wie bisher, auch die Weltgeschichte kennt ja ein Gesetz des Beharrungsvermögens, der Militarismus würde nicht ruhen, bis er immer mehr und schließlich sämtliche Waffenfähige des Landes zu Soldaten gemacht hätte, und bis er seine jährlichen Ansprüche vielleicht auf eine Milliarde emporgeschraubt und damit zugleich die Verarmung der Massen auf den Gipfel getrieben hätte. Und dann, nun dann würde — der Sozialismus die Gesellschaft „retten.“ Wenn die Sozialdemokratie schon vorher, ehe es zum Äußersten kommt, ehe die Explosion unvermeidlich geworden ist, die „Rettung“ zu vollziehen Gelegenheit findet, so wird sie es natürlich schon vorher thun, so wird sie sich beeilen, die Ventile zu öffnen. Schon hat, sagt der Vorwärts, „der Militarismus Italien zu Grunde gerichtet. Militaria Italiam perdidere. In Deutschland sind wir noch nicht ganz so weit, aber wir sind auf dem besten Wege.“ Das sind die Ansichten der Sozialdemokratie über die Entwicklung, der wir entgegengehn.

Gesetzt, daß die Sozialdemokratie Recht hätte, daß die „Zukunft“ dem „Sozialismus“ gehörte, womit vielleicht manche Mitglieder der Zentrumsparthei und sehr viele andre, die nicht Sozialdemokraten sind, übereinstimmen, so fragt es sich immer noch, sogar nach der eignen Ansicht der Sozialdemokratie, welchem Sozialismus die „Rettung“ der Gesellschaft glücken wird. Welcher Sozialismus wird Sieger sein? Wird der kirchliche, der staatliche oder der demokratische den Sieg davontragen? Nach den auf dem Berliner Parteitage der Sozialdemokratie vorgetragenen Anschauungen spitzt sich die Frage immer mehr dahin zu, ob der Staatssozialismus, der vielmehr Staatskapitalismus wäre, oder der demokratische Sozialismus das Feld behaupten würde. Der Staatssozialismus wäre nur ein sogenannter

Sozialismus, weil sich unter ihm die Lage der Arbeiter trotz aller „Reformen“ nur verschlechtere. Die Schlußworte der Liebknechtschen Rede auf dem Parteitage sind bezeichnend: „Je mehr der Kapitalismus einzieht, daß er nicht bestehen kann, daß ihn die Entfaltung seiner Produktionskräfte zersprengt, desto näher ist auch der Augenblick gekommen, wo der Staatssozialismus in volle Erscheinung tritt, sodaß ich glaube, der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu bestehen hat, er wird ausgefochten werden unter dem Schlachtruf: Hie Sozialdemokratie, hie Staatssozialismus!“ Nun kann die Entscheidung zwischen den beiden Arten des Sozialismus, sagen wir kurz: des konservativen und des demokratischen, auch sehr wohl auf dem Gebiete des Militärwesens zum Austrag kommen. Die „soziale Revolution“ kann „durch Konzessionen von oben“ hervorgerufen werden, auch durch militärische. Die Volksmiliz allein wäre schon gleich bedeutend mit der Vernichtung der sogenannten „Reaktion“, die der „innere Feind“ der Sozialdemokratie ist. Wie nach der sozialdemokratischen Theorie der Kapitalismus auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung in sein Gegenteil umschlagen wird, so daß die „Expropriation der Expropriateure“ vor sich geht und das Privateigentum in Gemeineigentum verwandelt wird, wodurch alle gleichberechtigt und gleich reich werden, so kann sich in ähnlicher Weise der Militarismus weiter entwickeln, bis das ganze Volk aus lauter bewaffneten Männern mit gleichem Recht und Anspruch besteht (wenn auch, wie wir unsrerseits annehmen würden, nur vorübergehend, etwa während des Verlaufs einer Revolutionszeit). Will der Staat dieser Entwicklung Einhalt thun, so muß er sich selbst, als Herr über das Militär, der er heutzutage ist, und über das Kapital, der er nach sozialdemokratischer Meinung sein sollte, Halt gebieten, er muß sich selbst, um sich nicht zu überschlagen, ein entschiedenes: Bis hierher und nicht weiter! zurufen. Hat nun der Staat die Kraft, sich einem konservativen Sozialismus zuzuwenden, der allen Unterthanen ihre gebührenden Rechte sichert, den höhern Ständen sowohl als den niedern und dem Mittelstande, dem Kapital sowohl als der Arbeit, dem Soldaten sowohl als dem Bürger? Hat er die Kraft, sich nach außen zu schützen, ohne die bisherige militärische Grundlage seiner Existenz gänzlich aufzugeben? und hat er auch den Willen dazu, kann er ihn überhaupt haben? Die Sozialdemokraten antworten mit nein. Was sie selbst versprechen, ist im Grunde nichts andres, als daß sie billiger haushalten, billiger regieren würden, sodaß sie auch tausend andern Ansprüchen, als den militärischen, gerecht zu werden vermöchten; aber wenn sie je in die Lage kommen, zu versuchen, ihre Versprechungen zu halten, wie werden sie das fertig bringen? Die gewöhnlichen politischen Mittel und Wege würden dazu nicht ausreichen.

Wenn wir, statt auf die Einzelheiten der Militärvorlage selbst einzugehn, die Stellung der Sozialdemokratie zur allgemeinen Wehrpflicht und zur Dienst-

zeit, ihre Vorliebe für die „Miliz,“ ihre Abneigung gegen unsere militärische Erziehung und das Verhältnis des Sozialismus zum Militarismus erörtert haben, so hat das seinen guten Grund. Die Einzelheiten der Vorlage sind der sozialdemokratischen Partei sehr gleichgültig. Was kümmern sie die vierten Bataillone, was kümmert es sie, ob 50000 oder etwas mehr oder weniger Soldaten und ob 60 Millionen Mark oder eine etwas größere oder kleinere Summe bewilligt werden sollen! Die Sozialdemokratie interessiert sich nur für die Vorlage, soweit sie dadurch dem „Ziele,“ das ihr vorschwebt, näher kommt; die eigentlichen militärischen Organisationsfragen lassen sie kalt. Die vollen Wirkungen der Vorlage werden erst nach etwa zwanzig Jahren eintreten, aber die Sozialdemokratie zweifelt ja, ob nach dieser Zeit das ganze herrschende System noch bestehen wird. Mögen sich die ehrbaren bürgerlichen Parteien an dem Zankapfel, den ihnen die Regierung als Weihnachtsgeschenk hingeworfen hat, verbeißen, der dritte steht im Hintergrunde lachend dabei. Ein Leitartikel in der „Neuen Zeit,“ von einem vor nicht langer Zeit ins sozialistische Lager übergegangenen Verfasser, bezeichnet die Lage in der Überschrift als den „Zank um den Philister,“ und Bebel fängt seine Reichstagsrede damit an: „Ich habe keine Veranlassung, im allgemeinen auf die sehr ausführlichen(!), aber sich doch sehr in militärische Details verlaufenden Ausführungen(!) des Herrn Reichskanzlers, die wir soeben gehört haben, zu antworten,“ und erlaubt sich die Bemerkung, daß er übrigens „die großen allgemeinen Gesichtspunkte“ in dieser Rede des Reichskanzlers vermißt habe.

Die Sozialdemokratie hat an der Vorlage zunächst ein sozialpolitisches Interesse, das nach Bebel für „wirkliche Staatsmänner“ obenan steht, ein militärisches nur insofern, als dies mittelbar auch wieder eine sozialpolitisches ist. Es müssen neue Geldmittel geschaffen, neue Steuern aufgelegt werden. Die Söhne und Enkel der Sieger von 1866 und 1870 sollen wie diese mit ihrem Blut für die Aufrichtung, so mit ihrem Gut für die Erhaltung des geeinten Reichs Opfer bringen. Fortwährend wachsen die Staatsschulden Deutschlands und der übrigen europäischen Staaten, und den gemeinen Mann muß geradezu schwindeln, wenn er in seiner Zeitung von den ungeheuern Schuldsommen liest. Der Abgeordnete Friken vom Zentrum hat im Reichstage auf dieses Borgsystem und seine Schattenseiten hingewiesen. Die Zahlen werden einen niederschmetternden Eindruck machen auf den, der sie liest, wie auf den, der sie in den Volksversammlungen aus dem Munde eines Redners hört. Wer soll die neuen Steuern tragen? das ist noch weit mehr die Frage, als ob sie überhaupt getragen werden sollen. Diesmal hat man die Börse, den Branntwein, das Bier ins Auge gefaßt. Bier und Branntwein sind allgemeine Bedarfsgegenstände, deren Verteuerung auf diese oder jene Weise sehr vielen, die des Bieres besonders dem Mittelstande und den ihm nahestehenden Schichten, fühlbar werden würde. Wird nur das Bier verteuert, so nimmt

sicherlich sein Verbrauch ab, während der weniger wünschenswerte des Branntweins, seines Nebenbuhlers in der Gunst des niedern Volks, wächst. Die Erhöhung der Biersteuer wird freilich auf das Glas nur einen Bruchteil eines Pfennigs betragen, aber auf wen wird die Steuer gewälzt werden? Wenn sie von den Brauereien und den Zwischenverkäufern den Konsumenten zugeschoben wird, so ist es sehr leicht möglich, daß der Zuschlag für das Glas eher mehr als einen Pfennig ausmachen wird, der Mehrbetrag der Steuer läßt sich „ohne Übervorteilung des Konsumenten gar nicht darstellen.“ Die kleine Übervorteilung, die dem Konsumenten, sofern er die Steuer bezahlen muß, gewiß ist, da der Überschuß über den Pfennigbruchteil keine wirklich vorhandne Größe ist, wird leicht zu einer etwas größern, nach oben abgerundeten, die sich auch bequemer aufrechnen läßt. Die Brauereien aber befürchten eine Minderung ihres Absatzes, und die Kleinern fürchten trotz des Schutzes, den man ihnen verheißt, für ihre Existenz, sie fürchten, daß noch öfter als bisher der Brauereibesitzer aus dem Mittelstande dem Brauereidirektor, dem Vertreter der Großindustrie, zu weichen haben würde. In den Gastwirtschaften hat man angefangen, Unterschriften zu Petitionen an den Reichstag zu sammeln, man sucht die Produzenten und die Konsumenten des Biers zu vereinigen. Die Mißstimmung, die alle solche vielleicht unnötigen Befürchtungen bei der Bevölkerung hervorgerufen, überträgt sich vielfach auf die Militärvorlage und den Militarismus, besonders wenn, wie es geschieht, der schöne Agitationsstoff nach Kräften ausgebeutet wird.

Außer dem sozialpolitischen hastet für die Sozialdemokratie an der Vorlage ein hervorragendes agitatorisches Interesse. Hätte man bei der Vorlage Rücksicht auf die Zunahme der sozialdemokratischen Bewegung nehmen wollen oder können, so hätte man sie zu einer günstigeren Zeit einbringen müssen; allerdings wäre der Zeitpunkt kurz vor 1895, d. h. vor Ablauf der ersten fünfjährigen Legislaturperiode, wohl noch ungünstiger gewesen. Die Freunde der Regierung warnen vor einer Auflösung des Reichstags, weil die Neuwahlen nach ziemlich allgemeiner Annahme schlecht ausfallen würden. Die Sozialdemokraten dagegen sehen Neuwahlen zuversichtlich entgegen. Herr von Bennigsen fürchtet, daß ein neugewählter Reichstag noch viel weniger Neigung haben werde, eine solche Vorlage zu bewilligen; die Kreuzzeitung erinnert an ihre ältern Prophezeiungen, hält einen Konflikt im Reiche für nicht gut möglich, erwartet von den Neuwahlen nichts gutes und möchte eine Schwächung des Ansehens der Regierung abgewendet wissen; die Sozialdemokratie dagegen, die es auch für einen „großen Gesichtspunkt“ zu halten scheint, nach Herzenslust zu agitieren, hat schon seit langem ihre Mobilmachung begonnen und hält sich für den Fall einer Wahl bereit. Sofort als sich die Möglichkeit einer Auflösung nur ganz von ferne zeigte, begannen schon die sozialdemokratischen Rüstungen. Es hat Versammlungen über Versammlungen gegeben unter dem

Titel: „Protestversammlungen gegen die Militärvorlage,“ in großen und kleinen Städten, in den bekanntesten und den unbekanntesten Orten. In Berlin sind in allen sechs Wahlkreisen „imposante“ Versammlungen abgehalten worden, in denen sechs Herren, die wirkliche Reichstagsabgeordnete waren, „referirten,“ und die Berliner Vororte Schöneberg, Köpenick, Himmelsburg und so fort sind natürlich auch nicht vergessen worden, Herr Singer sah sich sogar veranlaßt, in Brigg eine Rede über das Militär zu reden. Auch Herr von Bollmar raffte sich auf, um gegen den Militarismus, die Militärvorlage und die Steuergesetze zu sprechen; nach ihm ist jede ernste soziale Verbesserung in Deutschland unter dem herrschenden System unmöglich. In der Regel schließen solche Versammlungen mit der Annahme von „Resolutionen,“ die in dem bekannten entsetzlichen Resolutionsstil abgefaßt sind, und deren Hauptinhalt die Erklärung bildet, daß die Militärvorlage durch die Vermehrung der ohnehin unerschwinglichen öffentlichen Lasten die Nation erdrücken werde.

Die Agitation wird durch die Zeitverhältnisse begünstigt, die nicht dazu angethan sind, die Bereitwilligkeit zur Übernahme neuer Lasten in der großen Masse zu erregen. Wäre eine unmittelbar drohende Kriegsgefahr von rechts oder links, von der einen oder andern Front vorhanden, so würde das Volk, einschließlich der Sozialdemokratie, in patriotischer Aufwallung alle andern Rücksichten vergessen. Nun aber befinden wir uns in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, die ein ungewöhnlich großes Maß von Arbeitslosigkeit erzeugt, und ein gewisser Grad von Notstand ist diesen Winter auf Gassen und Straßen allzu sichtbar geworden, als daß man ihn gänzlich ableugnen könnte, wenn man ihn auch höher oder niedriger schätzen mag, und wenn er auch zunächst die Gemeinden und die Einzelstaaten etwas angeht, nicht das Reich. Eine solche Zeit, die verstimmt ist, ist wie geschaffen dazu, daß die Partei der Unzufriedenheit par excellence, die Sozialdemokratie, reiche Ernte hält. Der Vorwärts sagt: „Daß für uns das Jahr ein gesegnetes werde, daran hegen wir keinen Zweifel,“ er sieht „einer Auflösung des Reichstags mit frohem Mute entgegen. Die erste fünfjährige Wahlperiode hätte damit gleich Fiasko gemacht, wir stünden wieder wie früher nach einer dreijährigen Periode vor den Neuwahlen.“ Wie würde der Vorwärts triumphieren, wenn dieses Ergebnis durch die angebliche „Festigkeit des Volkswillens“ errungen würde!

Eine feste Regierung kennt zwar höhere Pflichten, als daß sie sich durch bloße Rücksichten auf solche Siege oder Niederlagen bestimmen ließe. Die Sozialdemokratie aber würde es schwerlich bedauern, wenn es zwischen der Regierung und den „bürgerlichen“ Parteien zu keiner Verständigung über die Militärvorlage käme.